







In Berlin und in der ganzen Republik ließen die Landwirte die Ampel ihren Unmut spüren. Die teilweise Rücknahme der geplanten Kürzungen reicht den Protestierenden nicht aus.

© picture-alliance/dpa/Sebastian Gollnow

# Die Wut der Bauern

**PROTESTE** Landwirte beklagen einen agrarpolitischen Schlingerkurs, der weit zurückreicht

Mehrere Tausend Bauern demonstrieren in Berlin gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung. Die Veranstalter sprechen von 40.000 Teilnehmern – und die Polizei zählt 8.600 Trecker, mit denen die Bauern das Zentrum der Hauptstadt lahmgelegt haben. So stand es in den Nachrichten vom 27. November 2019. Etwas mehr als vier Jahre später, im Januar 2024, demonstrieren die Landwirte in Deutschland mehr als eine Woche lang, bundesweit sollen nach Angaben des Bauernverbandes dafür „über 100.000 Trecker und zigtausende Landwirtinnen und Landwirte auf der Straße gewesen sein“. Die Bauern sind wütend über die Agrarpolitik der Bundesregierung. Sie beklagen Haushaltskürzungen, aber vor allem die mangelnde Planungssicherheit im Umbau für mehr Tierwohl und Klimaschutz sowie die geringe Wertschätzung für ihre Arbeit.

**Protestwelle** Den Adressaten in der Ampel-Regierung ist die Anspannung anzusehen. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatten sich auf verschiedenen Protestaktionen den Landwirten gestellt. Angespannt stand Özdemir auf der Bühne am Brandenburger Tor und hörte sich fast 90 Minuten lang die Kritik an der Agrar- und Sparpolitik der Bundesregierung an. Minister Lindner brüllte Anfang dieser Woche bei einer Großkundgebung in Berlin minutenlang gegen laute Buh-Rufe, Hupen und Pfeife der Landwirte an und wurde als „Lügner“ und „Heuchler“ beschimpft. Obwohl sich die Ampel-Koalition

dafür entschieden hatte, dass es doch keine Streichung der Kfz-Steuerbefreiung für die Landwirtschaft geben wird und die Abschaffung der Steuerbegünstigung beim Agrardiesel in mehreren Schritten bis 2026 vollzogen werden soll, nimmt der Protest kein Ende. Der Bauernverband will die Demonstrationen mit Beginn der Internationalen Grünen Woche an diesem Freitag fortsetzen. Um den Agrardiesel allein geht es den Landwirten längst nicht mehr. Als Antwort auf die Proteste von 2019 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Einsetzung der Zukunfts-

**STICHWORT**

**Landwirtschaft in Zahlen**

- > **Höfe** Die Zahl der Agrarbetriebe ist laut Statistischem Bundesamt auf 255.000 gesunken, 7.800 weniger als 2020.
- > **Einkommen** Laut Agrarbericht der Regierung gibt es große Schwankungen beim jährlichen Einkommen, bei Haupterwerbsbetrieben waren es 26.900 Euro (2015/16) und 46.100 Euro (2021/22).
- > **Boden** Die Pachtpreise stiegen zwischen 2010 und 2022 im Bundesschnitt um 67 Prozent an und lagen bei 380 Euro/ha.
- > **Tierhalter** 161.700 Betriebe halten in Deutschland Tiere. In Ställen oder auf Weiden standen 10,9 Mio. Rinder, 22,4 Mio. Schweine, 1,8 Mio. Schafe und 167,3 Mio. Stück Geflügel, das sind 4 Prozent weniger als 2022.

kommission Landwirtschaft (ZKL) auf den Weg gebracht. Das Gremium bestand aus 31 Mitgliedern. Wissenschaftler und gesellschaftliche Akteure haben zusammen mit Praktikern Empfehlungen für eine praxistaugliche Transformation hin zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft zusammengetragen. Der 170-seitige Abschlussbericht wurde der Bundeskanzlerin im Juli 2021 übergeben. In dem Papier ist von einer ökonomischen Krise der Landwirtschaft die Rede und von einer Wirtschaftsweise der Landwirte, die weder ökologisch noch ökonomisch oder sozial zukunftsfähig sei.

**Fleischkonsum** Doch für die Handlungsanweisungen zu einem Umbau der Tierhaltung, weniger Fleischkonsum, mehr pflanzlicher Nahrung und Klimaschutz fanden sich weder finanzielle Mittel, noch zogen alle Vertreter aus der Landwirtschaft mit. Die Zukunftskommission hatte einen Finanzbedarf von sieben bis elf Milliarden Euro pro Jahr errechnet. Nach dem Regierungswechsel hatte Minister Özdemir zwar angekündigt, die Arbeit der ZKL fortzusetzen, doch bei der Ankündigung blieb es. Ebenfalls 2019 wurde von Özdemirs Amtsvorgängerin, der CDU-Politikerin Julia Klöckner, das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung eingesetzt. Auftrag des Expertengremiums war die Ausarbeitung eines Handlungskonzepts für den ökologischen Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland. Geleitet wurde das Gremium von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU), weshalb das Netzwerk auch Borchert-Kommission genannt wurde. Anfang 2020 stellte die Borchert-Kommission ihre Empfehlungen vor. Sie sahen den Umbau der Nutztierhaltung bis

2040 vor. So sollte in einem ersten Schritt bis 2030 zunächst der gesetzliche Standard für die Nutztierhaltung auf die erste Stufe des staatlichen Tierwohlkennzeichens erhöht werden. Bis 2040 sollte dann die zweite Stufe des Kennzeichens zum Mindeststandard werden. Doch auch diese Vorhaben hätten viel Geld gekostet. Die Experten hatten zwischen 2,9 bis 4,3 Milliarden Euro pro Jahr für den Umbau der Tierställe veranschlagt. Die Borchert-Kommission löste sich im August 2023 auf. Das Expertengremium teilte damals mit, weder die vorherige noch die aktuelle Bundesregierung hätten die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung ihrer Empfehlungen geschaffen. Noch immer favorisieren Teile der Landwirtschaft die Ergebnisse der Borchert-Kommission. Und nun hat vor wenigen Tagen auch Minister Özdemir die Einführung einer Tierwohlabgabe in die Debatte eingebracht. Allerdings haben Kritiker bereits kurz nach Bekanntwerden der Borchert-Pläne davor gewarnt, dass mögliche Mehrwertsteuererhöhungen zwar denkbar seien, aber eine strikte Zweckbindung der Einnahmen rechtlich problematisch sein könnte. „Tierwohlabgaben kollidieren mit EU-Bestimmungen. Sie würden bei ihrer Umsetzung auch auf Importe erhoben, von den Rückflüssen sollen aber nur Produzenten in Deutschland profitieren. Das ist eine Diskriminierung, die grundlegenden EU-Prinzipien widerspricht“, schreibt der Agrarökonom und

langjährige Landwirtschaftspolitiker Hermann Onko Aekens in seinem aktuellen Buch.

**Planungssicherheit** Trotz der Kritik von Landwirtschaftsverbänden und aus dem politischen Bereich haben vor allem jüngere Bäuerinnen und Bauern längst begriffen, dass es einen Wandel in ihrer Branche geben müsse. Dazu brauche es allerdings Planungssicherheit. „Die Politik muss aufhören, nur in Legislaturperioden zu denken“, fordert Theresa Schmidt, Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend.

Doch statt damit zu beginnen, wenigstens Teile der Ergebnisse der ZKL und der Borchert-Kommission umzusetzen, blieb der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zum Umbau und zur Zukunft der Tierhaltung sowie zu deren Finanzierung vage. Dabei hatten sich vor allem Landwirte und Agrarpolitiker klare Bekenntnisse zur ZKL und zu Borchert gewünscht.

Albert Stegemann, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schrieb kurz nach der Vereidigung der Ampel-Regierung: Der Koalitionsvertrag enthalte „Leerformeln, gerade, wenn es um eine Gesamtstrategie für den gesellschaftlich gewollten Umbau der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung geht“. Stegemann stellte fest: „Die Empfehlungen der Borchert-Kommission werden auf 170 Seiten Koalitionsvertrag mit keinem Wort erwähnt.“ Für den Umbau der Tierställe sind im Ko-

alitionsvertrag für vier Jahre insgesamt eine Milliarde Euro vorgesehen. Bei Akteuren und Betroffenen hinterließen solche „leeren Formulierungen Enttäuschung“, schreibt Hermann Onko Aekens. Die Bundesregierung bleibe damit „weit hinter den von Wissenschaftlern und Kommissionen als notwendig ermittelten Werten zurück“. In der Tierhaltung legte die Bundesregierung den Fokus stattdessen auf die Einführung eines Tierhaltungskennzeichens. Doch in seiner Halbzeitbilanz resümierte Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir im Dezember vergangenen Jahres, aus seiner Sicht sei die Einführung der beschlossenen Haltungskennzeichnung für frisches Schweinefleisch ab 2024 zwar ein „erster Erfolg“, aber es müsse gelingen, dass auch der Transport und die Schlachtung in das Label einbezogen würden und andere Tierarten dazukämen. Auch die Forderungen der Landwirte und deren Organisationen, angesichts der Auswirkungen des Ukraine-Krieges Vorhaben der Bundesregierung und der EU-Kommission aufzuweichen oder zu verschieben, fanden in Berlin und in Brüssel bisher wenig Gehör.

**Ampelvorschläge** Nach den Protestwochen ist nun auch wieder Bewegung in die Finanzierung für mehr Tierwohl gekommen. Die Koalitionsfraktionen haben Mitte dieser Woche einen Vorschlag vorgelegt, wie die heimische Landwirtschaft zukunftsfähig gestaltet werden soll. Bis zur Sommerpause sollen Maßnahmen dazu vorgestellt werden. Die Kundgebungen der Landwirte könnten schon am Montag weitergehen. „Der Ball liegt im Spielfeld der Koalitionäre“, heißt es in einer Mitteilung des Bauernverbandes. *Nina Jeglinski*

**»Die Politik muss aufhören, nur in Legislaturperioden zu denken.«**

Theresa Schmidt, Vorsitzende der Landjugend

## Ökonomen geben Ampel-Koalition bei Agrardiesel Rückhalt

**SUBVENTIONEN** Wirtschaftswissenschaftler zeigen wenig Verständnis für Finanzhilfen für Bauern, kritisieren aber Regulierung

Für ihre Proteste ernteten die Landwirte in den vergangenen Wochen durchaus Zustimmung in der Bevölkerung. Ökonomen gehören aber eher nicht zu den Unterstützern der Bauern. Nahezu einhellig plädieren sie für die Abschaffung des Privilegs für Agrardiesel. „Berlin ist zu schnell umgekippt“, kritisiert etwa Jan Schnellenbach, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomik, an der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus, auf Anfrage. Sein Nachgeben hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) auf der Demonstration der Bauern vor dem Brandenburger Tor selbst eingestanden: „Ihr Protest war bereits erfolgreich“, rief er der wütenden Menge entgegen.

Die Ampel-Koalition hat ihren ursprünglichen Plan, zur Haushaltskonsolidierung die Subventionen für Agrardiesel und die Kfz-Steuerbefreiung für Landwirte zu streichen, rasch wieder kassiert, nachdem die Bauern deutschlandweit ihre massiven Proteste gestartet hatten. Jetzt soll die 440 Mil-

lionen Euro schwere Diesel-Subvention erst schrittweise bis 2028 vollständig abgebaut werden, die Steuerfreiheit für Kfz wird nicht angetastet. Dabei hatte der Sachverständigenrat Wirtschaft bereits in seinem Jahresgutachten 2019 ein Ende der Subventionen für Agrardiesel gefordert. Auch Friedrich Heineemann, Wirtschaftsforscher am ZEW – Leibniz-Zentrum in Mannheim, mahnt, dass „die exklusive Förderung“ von Agrardiesel „eine energieintensive umweltschädliche Produktionsform“ fördere. Heineemann war auf Vorschlag der SPD-Fraktion am 15. Januar als Sachverständiger bei einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses. Er sieht Möglichkeiten zur Diesel-Einsparung etwa „bei der Wahl der Anbaupflanzen, der Entscheidung über die Bodenbearbeitung und Pflanzenschutztechniken bis hin zur Gewichtung des Dieselverbrauchs bei der Fahrzeugauswahl“. Allerdings ist es nicht so, dass die Landwirte auf keinerlei Verständnis bei Ökonomen stießen. „Ich kann die Bauern verstehen,

wenn sie sich gegen die immer stärkere Regulierung wehren“, sagt Ökonom Schnellenbach. „Es kommt vor, da hat ein Landwirt gerade einen neuen Stall gebaut, und dann kommt sofort eine neue Regulierung, und er muss seinen Stall wieder umbauen.“ Der Volkswirt fordert: „Aus ordnungspolitischer Sicht ist mehr Kontinuität geboten. Außerdem müsste die deutsche Politik ihre Ambitionen ändern, oft das strengste Regulierungsniveau in der Europäischen Union zu haben.“

**Landwirtschaftsrecht kein Argument** Auch Subventionen für öffentliche Güter seien aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht gerechtfertigt, erklärt Schnellenbach. Wenn Bauern Leistungen im Bereich Landschaftspflege und Umweltschutz erbringen, sei das durchaus ein Grund dafür, dass sie öffentliche Finanzhilfen erhalten. „Aber dafür gibt es bereits Förderpötte, und das ist sicher kein Argument für die Steuerfreiheit des Agrardiesels“, sagt Schnellenbach. Der Sachverständige Heineemann sagt dazu: „Ei-

ne Dieselsubvention oder eine pauschale Hektarprämie haben Effekte wie höhere Land- und Pachtpreise, sie führen zu Verhaltensänderungen in Richtung eines größeren Dieseleinsatzes, die Landschaft hat aber erstmal nichts davon.“ Hohe Subventionen, hohe Regulierung und dazu noch hohe Zölle für die Abschottung der Landwirtschaft vor internationaler Konkurrenz – diesen Weg geht seit Jahrzehnten die Schweiz. Ein Vorbild für Deutschland? „Bloß nicht“, sagt Patrick Dümmler von der Denkfabrik Avenir Suisse auf Anfrage. „Für die Steuerzahlenden und Konsumenten ist unsere Agrarpolitik eine der teuersten der Welt.“ Dümmler zufolge stammen bei den eigenständigen Bauern knapp 50 Prozent der Einnahmen aus Subventionen. „In der EU sind es im Mittel weniger als 20 Prozent, in den USA rund zehn und in Neuseeland und Australien etwa ein Prozent“, sagt der Ökonom. Laut Berechnungen von Ian Mitchell und Arthur Baker vom Think Tank Center of Global Development für das Jahr 2017



Minister Lindner bei der Bauern-Demo

– aktuellere Daten gibt es nicht – erhalten deutsche Landwirte im Schnitt 14 Prozent ihrer Einnahmen aus Staatshilfen. In Frankreich sind es 19 Prozent, in Polen 21 und in Österreich 23 Prozent, in Belgien

allerdings nur elf und in den Niederlanden gar nur sieben Prozent. Wie in Deutschland, so würden auch in der Schweiz die hohen Agrarsubventionen mit dem Argument der Versorgungssicherheit verteidigt. „Aber das ist schlicht Unsinn“, schimpft Dümmler und verweist auf die Kriegsjahre 1943 und 44: „In dieser Zeit musste die Schweiz bis zu 20 Prozent der nötigen Kalorien für die Versorgung der Bevölkerung importieren, das klappte, obwohl um uns herum der Krieg tobte.“ Auch Ökonom Schnellenbach sieht keinen Grund für deutsche Autarkie-Gedanken: „Wir haben die Europäische Union und damit einen Binnenmarkt mit 27 Ländern, von denen wir Agrarprodukte beziehen können.“ Im Welthandel gebe es keine Abhängigkeit von bestimmten Ländern. „Das ist anders als beim russischen Gas“, sagt Schnellenbach und ergänzt: „Wenn es effizienter ist, Getreide andernorts in der Welt zu produzieren, dann nutzen wir doch einen Teil unserer Flächen hier anders, vielleicht ökologischer.“ *Stephan Balling*









Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, während eines Truppenbesuchs beim Objektschutzregiment „Friesland“ der Luftwaffe im Juni 2022

© picture-alliance/dpa/Sina Schuldt

## Keine Lieferung von »Taurus« an die Ukraine

**VERTEIDIGUNG** Die Bundesrepublik wird vorerst keine Marschflugkörper vom Typ »Taurus« an die Ukraine liefern. Der Bundestag lehnte am Mittwoch einen Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion (20/10053) mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen ab, in dem die Union die Bundesregierung auffordert, der Ukraine »Taurus«-Marschflugkörper aus Beständen der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. In der namentlichen Abstimmung votierten 485 Abgeordnete gegen den Antrag, 178 stimmten mit Ja und drei enthielten sich der Stimme. Die Union hatte den Antrag anlässlich der abschließenden Beratung über den Jahresbericht (20/5700) der Wehrbeauftragten des Bundestages, Eva Högl, auf die Tagesordnung gesetzt. Die ukrainische Regierung hatte in den vergangenen Monaten mehrfach um die Lieferung von »Taurus«-Marschflugkörpern, die eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern haben, gebeten. Doch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) lehnt dies bislang ab. Rechtlich bindend wäre ein Antrag des Bundestages für die Lieferung der »Taurus« nicht. Über Waffenlieferungen ins Ausland entscheidet die Bundesregierung. Abgelehnt wurde der Antrag auch von jenen Abgeordneten der FDP und der Grünen, die sich wiederholt für die Lieferung des Waffensystems ausgesprochen hatten. So etwa die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), und der Vorsitzende des Europausschusses, Anton Hofreiter (Grüne). Der FDP-Abgeordnete Nils Gründer beiläufige sich denn auch zu versichern, dass die FDP-Fraktion für die Lieferung der »Taurus«-Marschflugkörper sei, da diese von der Ukraine benötigt würden. Der Union warf er vor, sie trage die Diskussion über die Waffenlieferung innerhalb der Debatte über den Wehrbericht »auf dem Rücken« der Soldaten aus. Und die Grünen-Abgeordnete Katrin Göring-Eckardt ließ in einer schriftlichen Erklärung zur Abstimmung wissen, sie halte den Antrag der Union für »parteilich motiviert«.

Der Unionsabgeordnete Florian Hahn hielt den Ampelfraktionen entgegen, dass die Union in den vergangenen Monaten bereits zwei Anträge zur militärischen Unterstützung der Ukraine vorgelegt habe. »Die Ampel hat die Beratung dieser Anträge bereits viermal durch Absetzung von der Tagesordnung verhindert«, monierte Hahn. SPD, Grüne und FDP wollten in der Frage keine Farbe bekennen. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) äußerte sich in der Debatte nicht zur »Taurus«-Frage, dafür aber zur aktuellen Debatte über die Wehrpflicht. Er lasse prüfen, welche unterschiedlichen Modelle einer allgemeinen Dienstpflicht oder Wehrpflicht »machbar« wären. Im Gespräch ist vor allem das schwedische Modell (siehe Interview links). Es sei zwar klar, dass jedes Modell eine politische Mehrheit benötige, aber an der Diskussion »werden wir nicht vorbeikommen«. Pistorius spielte damit auf die kritischen Stimmen innerhalb der Regierungskoalition gegenüber einer Reaktivierung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht an. Vor allem FDP und Grüne, aber auch große Teile der SPD lehnen dies ab. Der AfD-Abgeordnete Hannes Gnauk hielt Pistorius vor, er führe die Wehrpflicht zwar rhetorisch an, doch »statt schneidige junge Männer mit vaterlandstreuer Haltung zu adressieren, setzen Sie lieber auf Ihren Diversitätsfetischismus und ein reines Arbeitgeberprofil.« aw ||

# »Eine Angelegenheit aller«

**BUNDESWEHR** Die Wehrbeauftragte Eva Högl setzt beim Wehrdienst auf mehr Freiwillige

Frau Högl, als Sie im Mai 2020 das Amt der Wehrbeauftragten übernahmen, mahnten Sie an, über die ausgesetzte Wehrpflicht müsse noch einmal diskutiert werden. Das stieß jedoch auf wenig Gegenliebe. Fühlen Sie sich angesichts der von Verteidigungsminister Boris Pistorius initiierten Diskussion bestätigt? Ich habe es damals als einen Fehler bezeichnet, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wurde. Jetzt kommt Bewegung in die Debatte. Das begrüße ich ausdrücklich. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist sehr hartnäckig und schlägt ein Gesellschaftsjahr vor, das bei der Bundeswehr oder im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich absolviert werden kann. Ich nehme wahr, dass man sich verstärkt darüber Gedanken macht, wie die Bundeswehr genügend Personal bekommen kann. Dazu gehört auch, dass die Diskussion über die Verteidigung unserer Demokratie vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine in der Mitte unserer Gesellschaft platziert wird.

Im Frühjahr 2011 verzichtete der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg erstmals auf die Einziehung von Wehrpflichtigen und wenig später setzte der Bundestag die Wehrpflicht per Gesetz aus. Wehrpflichtige können nur noch im Verteidigungsfall

und im Spannungsfall einberufen werden. Den Spannungsfall müsste der Bundestag laut Grundgesetz aber erst mit Zweidrittelmehrheit beschließen. War es ein Fehler, dass der Gesetzgeber die Hürden für eine Reaktivierung der Wehrpflicht, die ja weiterhin im Grundgesetz verankert ist, so hoch gelegt hat? Im Jahr 2011 war die Welt eine andere als heute. Wir waren von Freunden umgeben und hatten die berechtigte Hoffnung, gemeinsam auch mit Russland eine dauerhaft friedliche Weltordnung gestalten zu können, die von Verständigung und Abrüstung geprägt ist. Mit der Annexion der Krim 2014 durch Russland änderte sich die Lage. Zu kritisieren ist, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, ohne ein tragfähiges Konzept für die Personalgewinnung der Bundeswehr zu haben. Das hat zu sehr großen Schwierigkeiten geführt. Dass es so hohe Hürden für das Einziehen von Wehrpflichtigen gibt, ist prinzipiell richtig und nicht zu kritisieren. Auf die geänderte Sicherheitslage muss aber jetzt reagiert werden. Deshalb halte ich es für richtig, dass der Verteidigungsminister verschiedene Wehrpflichtmodelle prüfen lässt. Er blickt beispielsweise nach Schweden. Dort werden zwar alle jungen Männer und Frauen eines Jahrganges gemustert. Gezogen werden diejenigen, die wollen und geeignet sind.

Schweden hatte die Wehrpflicht im Jahr 2010 ausgesetzt und 2017 nach ähnlichen Personalproblemen wie in Deutschland in dieser neuen Form wieder eingeführt. Könnte die schwedische Armee ihre Probleme damit lösen? In Schweden wird dieses Modell als sehr positiv bewertet. Es herrscht trotz der Wehrpflicht auf dem Papier ein hohes Maß an Freiwilligkeit. Die Schweden wollen den Anteil der Wehrpflichtigen zukünftig noch steigern und ihr Modell auch auf den zivilen Sektor ausweiten.

In Schweden gilt die Wehrpflicht auch für Frauen. In Deutschland ist dies im Grundgesetz ausdrücklich untersagt. Sollte das Grundgesetz an dieser Stelle geändert werden? Ich halte es zumindest für veraltet, nur junge Männer in den Blick zu nehmen. Für unsere Verteidigung brauchen wir Männer und Frauen gleichermaßen in der Bundeswehr. Beim Frauenanteil von rund 13 Prozent in der Bundeswehr sehe ich ein deutliches Steigerungspotenzial. Grundsätzlich setze ich zunächst auf Freiwilligkeit. Das gilt auch für den zivilen Bereich. Es sollten gute und attraktive Angebote gemacht werden. Im Bundesfreiwilligendienst müssen die jungen Menschen fast noch eigenes Geld mitbringen, um sich das leisten zu können.

Welches Personal die Bundeswehr braucht, lässt sich auch in ihrem Jahresbericht nachlesen. Der Truppe fehlt es unter anderem an Hubschrauberpiloten, Medizinerinnen oder technischen Spezialisten. Da helfen Wehrpflichtige aber kaum weiter. Mit einer Wehrpflicht oder einem Gesellschaftsjahr lassen sich die aktuellen massiven Personalprobleme der Bundeswehr nicht lösen. Schon gar nicht kurzfristig. Deshalb gehört zu den anstehenden Problemen nicht nur die schnelle Gewinnung von Personal, sondern auch langfristige Personalbindung und -entwicklung. Die Bundeswehr steht in einem knallharten Wettbewerb der Arbeitgeber um die besten Köpfe. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören an erster Stelle die materielle Ausstattung und die Infrastruktur. Nur eine gut aufgestellte Bundeswehr ist ein attraktiver Arbeitgeber.

Ist dann aber die Diskussion nicht verfehlt? Politisch scheint die Wehrpflicht nicht mehrheitsfähig, wäre kaum zu bezahlen und es fehlen die Kasernen und die Ausrüstung. Natürlich soll die Diskussion über die Wehrpflicht nicht zu einer Gespensterdebatte werden. Eine Wehrpflicht muss vor allem militärisch begründet sein. Es muss

geklärt werden, wie viel und welches Personal die Bundeswehr für ihre vielfältigen Aufträge braucht. Niemand will zur alten Wehrpflicht zurück. Wir brauchen ein neues und intelligentes Konzept unter der Prämisse »so viel Freiwilligkeit wie möglich und nur so viel Zwang wie nötig«. Aber die Debatte dient auch dazu, in der Gesellschaft das Bewusstsein zu stärken, dass die Verteidigung unserer Freiheit eine Angelegenheit aller ist.

Verteidigungsminister Pistorius hat gefordert, die Bundeswehr müsse »kriegstüchtig« werden. Plant er denn eine Erhöhung der Truppenstärke von 203.000 Soldaten, die bis 2031 erreicht werden soll? Bislang wird an diesem Ziel festgehalten. Obwohl sich alle Beteiligten einig sind, dass es unrealistisch ist, dies zu erreichen, wenn die Personalgewinnung und -bindung nicht deutlich verbessert wird. Es ist eine enorme Kraftanstrengung, den aktuellen Bestand von 181.000 Soldatinnen und Soldaten zu halten. Der Minister hat vor Weihnachten die Ergebnisse der Task Force Personal vorgelegt bekommen. Die vorgeschlagenen 60 Maßnahmen sind sehr sinnvoll und richtig. Sie sollten nun zügig umgesetzt werden.

Das Interview führte Alexander Weinlein.

## Attraktiver durch Teilzeit

**FREIWillIGENDIENSTE** Bisher gibt es wenig flexible Arbeitszeitmodelle. Das will die Bundesregierung ändern.

Im Sommer vergangenen Jahres sah es nicht gut aus: Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 stellte den Freiwilligendienst ein hartes Sparprogramm von rund 80 Millionen Euro in Aussicht. Der Aufschrei in Verbänden, Vereinen und sozialen Einrichtungen, die auf Freiwillige angewiesen sind, war entsprechend groß, denn es hätten wohl tausende Plätze zur Disposition gestanden. Was folgte, war eine Kehrtwende, die Kürzungen sind vom Tisch und die Erleichterung darüber war den Abgeordneten am späten Donnerstagabend anzumerken. Zur Debatte stand ein Gesetzentwurf (20/9874) der Bundesregierung, mit dem Teilzeitmöglichkeiten bei den Freiwilligendiensten erweitert werden sollen. Bisher sind junge Menschen unter 27 Jahren von der Leistung eines Freiwilligendienstes in Teilzeit ausgeschlossen, wenn sie kein berechtigtes persönliches Interesse daran nachweisen können. Das soll sich ändern. Durch entsprechende Korrekturen des Jugendfreiwilligendienstgesetzes und des Bundesfreiwilligendienstgesetzes sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Menschen unter 27 Jahren Freiwilligendienste auch ohne ein berechtigtes Interesse in Teilzeit absolvieren können. Voraussetzung soll jeweils sein, dass einerseits eine Reduzierung der täglichen oder der

wöchentlichen Dienstzeit vorliegt, wobei die Dienstzeit jedoch wöchentlich mehr als 20 Stunden beträgt. Als weitere Bedingung soll im Bundesfreiwilligendienst das Einverständnis der Einsatzstelle und der Freiwilligen beziehungsweise in einem Jugendfreiwilligendienst das Einverständnis der Einsatzstelle, des Trägers und der Freiwilligen bestehen. Ein Anspruch auf eine Reduzierung der täglichen oder wöchentlichen Dienstzeit soll durch die Neuregelung

nicht geschaffen werden. Außerdem soll die Obergrenze für ein angemessenes Taschengeld von 453 Euro auf 604 Euro angehoben werden und die Einsatzstellen sollen »Mobilitätszuschläge« zahlen dürfen, zusätzlich zu Taschengeld und Unterkunft und Verpflegung.

**Wichtig für die Demokratie** Sven Lehmann (Grüne), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, ging auf die Diskussionen ums Geld noch einmal ein: »In den letzten Monaten ist viel um die Finanzierung gerungen worden, es geht dabei vor allem um Platzzahlen. Aber es geht auch darum, Freiwilligendienste insgesamt attraktiver zu machen und dazu trägt dieser Gesetzentwurf bei.« Er setze Dinge um, die sich Freiwillige, Einsatzstellen und Träger ausdrücklich wünschten. »Jede Demokratie lebt von Menschen, die sich für andere engagieren«, betonte Lehmann, denn dieses Engagement bringe Menschen zusammen, die sonst nicht zusammenkommen würden. Für die Koalitionsfraktionen fügte Ana-Maria Trasnea (SPD) hinzu, mit dem Teilzeitgesetz allein sei es aber nicht getan und forderte »mehr Mittel im System«. Man müsse darüber diskutieren, ob die Freiwilligendienste in das System des Bafög aufgenommen werden können. »Denn die Teil-

zeit darf nicht dazu führen, dass man nebenbei noch jobben muss, um über die Runden zu kommen.« Die Oppositionsfraktionen hatten an den Vorschlägen zur Teilzeit wenig auszusetzen. Ihre Fraktion unterstütze diese, wenn sie dazu führen, dass komplizierte Zugangsbedingungen abgebaut und mehr Engagement ermöglicht wird, sagte Ingrid Pahlmann (CDU). Jedoch werde sich die Betreuungslast für die Träger nicht eklatant zwischen Vollzeit- und Teilzeitzellen unterscheiden. »Wenn die Träger das leisten können, ist das Gesetz ein großer Schritt.« Sie forderte ferner, die Finanzierung der Freiwilligendienste so abzusichern, dass die Träger sich das höhere Taschengeld auch leisten können. Martin Reichardt (AfD) lobte, das Gesetz baue Bürokratie ab und mache das Ehrenamt flexibler. Seine anschließende Kritik an den Grundsätzen des Bundesfreiwilligendienstes war jedoch vernichtend. Die »linke Politik-Krake »Demokratie leben« unterwandere den Freiwilligendienst pädagogisch, sagte er bezogen auf den 25-tägigen Kurs der angehenden Freiwilligen in dafür vorgesehenen Bildungszentren. »Diese linkslastigen Angebote braucht es nicht. Der Staat sollte als Dienstleister der Freiwilligen auftreten und nicht als deren Umzieher.« Claudia Heine ||

Anzeige



Deutscher Bundestag

## Ausschreibung Medienpreis Parlament 2024

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2024 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 4. März 2024  
Teilnahmebedingungen unter  
<http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag  
Fachbereich WD 1  
Medienpreis Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

E-Mail: [medienpreis@bundestag.de](mailto:medienpreis@bundestag.de)  
Telefon: +49 30 227-38629









Volker Kauder am Dienstag dieser Woche im Gespräch mit »Das Parlament« in Berlin.

© DBT/Henning Schacht

**ZUR PERSON**

Volker Kauder (74) trat 1966 mit 17 Jahren in Baden-Württemberg in die Junge Union ein, bei der er Wolfgang Schäuble kennenlernte. Von 1991 bis 2005 war der promovierte Jurist Generalsekretär der Südwest-CDU, 2005 bekleidete er den Posten in der Gesamtpartei. Dem Bundestag gehörte er von 1990 bis 2021 als stets direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Rottweil-Tuttlingen an. Von 2002 bis 2005 war er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, danach bis 2018 ihr Vorsitzender und damit der am längsten amtierende Unions-Fraktionschef in deren Geschichte. 2018 folgte ihm nach einer Kampfabstimmung Ralph Brinkhaus (CDU) im Vorsitz.

# »Es wurde mucksmäuschenstill«

**VOLKER KAUDER** Der langjährige Wegbegleiter Wolfgang Schäubles über eine Jahrzehnte währende Zusammenarbeit

**Herr Kauder, gibt es Freundschaft in der Politik?**  
Es gibt in der Politik Freundschaft, wenn die Freundschaft schon vor der Politik bestanden hat, aber ich habe auch während meiner politischen Arbeit im Parlament gute Freunde gefunden.

**War Wolfgang Schäuble ein Freund für Sie?**  
Wolfgang Schäuble war ein Freund, und wir hatten ja viele gemeinsame Jahrzehnte in der Politik.

**Was beschreibt ihn in seinem Wirken am besten? Unabhängig, unparteiisch oder unbequem?**  
Alles drei. Er war unabhängig und konnte auch unbequem werden – vor allem im Gespräch mit Menschen, von denen er meinte, dass sie intellektuell nicht auf Augenhöhe mit ihm sind. Das hat er dann auch gezeigt. Er konnte aber auch unbequem sein, wenn es um bestimmte politische Projekte ging. Das habe ich in meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender immer wieder erlebt, vor allem als er Finanzminister war. Sein „Nein“ zu bestimmten Ausgabenwünschen war meistens nicht zu knacken.

**Schäuble war die 1990er Jahre hindurch Vorsitzender der Unionsfraktion, Sie fast in der gesamten Ära Merkel. Hat diese Gemeinsamkeit Ihre Beziehung verändert?**

Nein. Sicher war es für mich gut, dass Wolfgang Schäuble die Erfahrung als Fraktionsvorsitzender auch hatte und wir beide wussten, dass es nicht immer einfach war, Chef der Bundestagsfraktion zu sein: die Truppe zusammenzuhalten, zur gleichen Zeit aber auch die Regierungsarbeit zu unterstützen. Deswegen konnten wir uns bei großen Herausforderungen schon aufeinander verlassen.

**Sie sagten, dass Schäuble nicht zuletzt als Finanzminister unbequem sein konnte. Derweil hatten Sie der Kanzlerin**

**die Mehrheit zu sichern. Wie schwer war das, wenn Schäuble mal anderer Meinung als Merkel war – etwa als er in der Euro-Krise für ein zeitweiliges Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro warb?**  
Da habe ich mit ihm mehrfach gesprochen, und da kam dann der typische Wolfgang Schäuble: „Ich habe meine Meinung, aber als Minister der Kanzlerin Angela Merkel bin ich loyal“. Da wusste man, dass er anderer Meinung ist als sie, dies aber nur sehr verhalten zeigt. Dass er seine Meinung zeigt, war selbstverständlich für ihn. Aber er hat sich loyal verhalten, was ihm in dieser Frage sicher nicht leicht fiel.

**Auf dem Trauerstaatsakt für Schäuble spricht auch der französische Staatspräsident. Was war für Schäuble die deutsch-französische Freundschaft – und umgekehrt?**

Dass der französische Staatspräsident kommt, ist schon eine außergewöhnliche Würdigung des politischen Lebens von Wolfgang Schäuble. Ich halte es aber auch für angemessen. Schon in früherer politischer Tätigkeit hat er sich für die deutsch-französische Zusammenarbeit eingesetzt; das war ihm ein Herzensanliegen. Er hat immer gesagt, der Rhein dürfe uns nicht trennen, und sah in der deutsch-französischen Freundschaft den wahren Motor der europäischen Einigung. Das hat er seine ganze politische Arbeit hindurch verfolgt.

**Bei einem Empfang zu Schäubles 70. Geburtstag, zu dem Sie als Fraktionschef eingeladen hatten, sagte Christine Lagarde, die heutige EZB-Präsidentin: „Europa hat eine Seele, aber Europa hat auch ein Herz – und das schlägt in Wolfgang Schäuble.“ Machen Sie sich Sorgen um Europa, nachdem dieses Herz nun aufgehört hat zu schlagen?**

Die Europäische Union ist zur Zeit in keinem wirklich guten Zustand. So haben wir etwa zu lange Entscheidungswege in der EU. Diese Schwierigkeiten dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wolfgang Schäubles Satz „Europa ist unsere Zukunft“ stimmt. Ohne dieses Europa sähe alles viel schlimmer aus. Wir durften als erste Nachkriegsgeneration erfahren, dass Europa die wirkliche Friedensversicherung für uns war – schon allein das rechtfertigt es, sich für dieses Europa bedingungslos einzusetzen.

**Was war Ihr erster Eindruck von**

**Schäuble, als sie sich Anfang der 1970er Jahre kennenlernten?**  
Er war damals Bezirksvorsitzender der Jungen Union Südbaden, ich Kreisvorsitzender in Konstanz. Ich erinnere mich noch gut an die ersten Begegnungen, die beeindruckend waren durch seine brillanten Analysen, seine Reformvorschläge auch für die CDU und seinen Willen, Dinge, die er für richtig hielt, auch umzusetzen. Wir haben freundschaftlich, aber nicht immer spannungsfrei zusammengearbeitet.

**Neun Tage nach der Deutschen Einheit wurde Wolfgang Schäuble Opfer des Attentats, das ihn für den Rest seines Lebens an den Rollstuhl fesselte. Welchen Eindruck machte er auf Sie, als Sie ihn danach erstmals wieder trafen?**  
Wir waren als die Kandidaten aus Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 1990 nach Offenburg eingeladen, als er dort zum ersten Mal nach dem Attentat wieder in die Öffentlichkeit kam. Ich stand auf der Bühne, als Wolfgang Schäuble im Rollstuhl zu uns kam. Da sind mir die Tränen ge-

kommen. Ich habe ihn bewundert – man sah, dass er nicht gesund war, das hat mich sehr mitgenommen. Aber später spürte man, dass er dies überwunden hat. Er wollte auch nie auf die Situation im Rollstuhl angesprochen werden und ich kann mir vorstellen, dass die Leistungen, die er danach erbracht hat, für viele Menschen mit Behinderungen ermutigend sein könnten.

**Im Februar 2000 trat er im Zuge der CDU-Spendenaffäre vom Partei- und Fraktionsvorsitz zurück. Wie haben Sie das erlebt, vor allem den Bruch zwischen dem Parteipatriarchen und Einheitskanzler Helmut Kohl und Schäuble?**  
Das war für mich und für viele alles sehr verstörend. Es machte mich auch sehr betroffen, weil ich gedacht hatte, dass Wolfgang Schäuble die organische Nachfolge von Helmut Kohl sein und uns in die neue Zeit führen könnte. Ich glaube, er hat unter dieser Situation mehr gelitten, als er es zeigte, und dass er – wie wir alle – das Gefühl hatte, dass es da nicht sehr gerecht zugegangen ist. Aber er hat gewusst, dass Po-

litik so sein kann und man sie nicht planen kann wie eine Beamtenkarriere.

**Sein Wort hatte auch danach ganz unabhängig von seinen Ämtern großes Gewicht – oder täuscht der Eindruck?**  
Der Eindruck täuscht nicht, das war so. Ich habe das ja in 13 Jahren als Fraktionsvorsitzender erlebt: Es wurde mucksmäuschenstill, wenn er sich in der Fraktion zu Wort meldete. Jeder wusste dann: Jetzt kommt etwas Besonderes.

**Als Schäuble 2017 dienstältester Abgeordneter in einem gesamtdeutschen Parlament wurde und diese Zeitung dies vermelden wollte, verwies er darauf, dass SPD-Überwarter August Bebel eine längere Parlamentszugehörigkeit aufweise, wenn man dessen Abgeordnetenzustimmung im Norddeutschen Bund von 1867 bis 1871 berücksichtigt. Diese Jahre wollte er nicht übergangen wissen, auch wegen Bebels damaligen Warnungen vor der Annexion Elsass-Lothringens und den Folgen für das Verhältnis zu Frankreich.**

**Was sagt das über den CDU-Politiker und was über den Menschen Wolfgang Schäuble?**

Wolfgang Schäuble war trotz seiner Ämter in der Exekutive leidenschaftlicher Parlamentarier. Er hat mit dieser Aussage zu Bebel diese Leidenschaft für das Parlament besonders gezeigt, und er konnte auch Leistungen anerkennen, die aus anderen Fraktionen kamen. Zu einem leidenschaftlichen Parlamentarier gehört, sich zwar im Parlament diskutierend zu streiten, aber auch zu sehen, dass in Situationen, in denen das Land vor besonderen Herausforderungen steht, die Zusammenarbeit nötig ist. Es war ihm auch als Bundestagspräsident wichtig, dass die demokratischen Parteien in wesentlichen Fragen zusammenstehen, um sich so der Angriffe der rechten Seite erwehren zu können. Er wusste, dass das Parlament für die Zustimmung zur Demokratie eine entscheidende Aufgabe hat.

Das Gespräch führten Helmut Stoltenberg und Christian Zentner.

## Außergewöhnliche Würdigung für Wolfgang Schäuble

**GEDENKEN IM BUNDESTAG** Mit einem Staatsakt wird ein großer Demokrat und Staatsmann gewürdigt

Schon vor dem Trauerstaatsakt an diesem Montag hat der Bundestag des verstorbenen ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble gedacht. Zu Beginn seiner Plenarsitzung am vergangenen Mittwoch würdigte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) ihren Amtsvorgänger als „Ausnahmeparlamentarier“, der immer wieder Weitsicht bewiesen habe und vorangegangen sei. Seinen verwaisten Platz im Plenarsaal im Blick, den ein schwarzes Tuch verhüllte und auf dem ein Trauergesteck für den Verstorbenen platziert war, sprach sie die zahlreichen Verdienste Schäubles an. Neben seinem großen Beitrag bei der Gestaltung der Deutschen Einheit und der deutsch-französischen Freundschaft betonte die Präsidentin sein parlamentarisches Vermächtnis. Die Abgeordneten seien Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes, doch „niemand vertritt alleine das Volk“, zitierte sie aus dessen Antrittsrede nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten 2017. „Er widersetzte sich allen Versuchen, das Volk gegen die Volksvertretung auszuspielen. Er schützte die Würde unseres Hauses in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher – und parlamentarischer – Polarisierung“, konstatierte Bas. Die Abgeordneten erhoben sich im Anschluss zu einer Schweigeminute und setzten die Plenarsitzung erst nach mehrminütiger Unterbrechung fort.

**Zahlreiche Trauergäste** An diesem Montag wird das Reichstagsgebäude dann Ort einer besonderen Ehrung. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zum Gedenken einen Trauerstaatsakt angeordnet, den der Deutsche Bundestag ausrich-



Wolfgang Schäuble (1942 – 2023)

gehörigen zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. Mit Christine Lagarde unter anderem die Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Auf deutscher Seite werden neben dem Bundespräsidenten zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der übrigen Verfassungsorgane teilnehmen.

**»Freund Frankreichs«** Nach der Begrüßungssprache der Bundestagspräsidentin wird es beim Staatsakt mit Friedrich Merz als Vorsitzenden der Partei und Fraktion des Verstorbenen und mit Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron zwei Gedenkreder geben. Dass der amtierende französische Präsident mit dieser besonderen Geste die Lebensleistung von Wolfgang Schäuble würdigt, darf als außergewöhnlich bezeichnet werden und unterstreicht die Bedeutung Schäubles politischen Lebenswerks für die deutsch-französische Freundschaft. Macron hatte den verstorbenen CDU-Politiker bereits kurz nach dem Tod als „Freund Frankreichs“ gewürdigt, der „zur deutschen Wiedervereinigung, zum Aufbau des Euro und zur europäischen Einheit beigetragen“ und die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gestärkt habe.

Die persönlichste Würdigung erwarten Beobachter beim Staatsakt von CDU-Chef Merz, der als engster Freund Schäubles gilt. Bereits auf der Trauerfeier zur Beisetzung in Schäubles Heimatstadt Offenburg hielt Merz eine persönliche Rede. Schäuble habe „Generationen von Abgeordneten unserer Fraktion eine Prägung mitgegeben, auch mir ganz persönlich“, so Merz: „Ohne ihn stünde ich heute nicht hier.“ Die

Würdigung schloss er sehr persönlich: „Wolfgang, Du hast Großes geleistet und es ist gut geworden.“

Auch die öffentlichen Beileidsbekundungen hoben die Größe des Lebenswerkes von Wolfgang Schäuble hervor. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bezeichnete Schäuble als „Glücksfall für die deutsche Geschichte“, der „Historisches für unser Land erreicht hat“. Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte Schäubles Weitsicht und betrauerte den Verlust einer „überragenden Persönlichkeit“. Beide verband seit 1991 ein gemeinsames politisches Wirken in unterschiedlichen Konstellationen. „Als junge Ministerin war Wolfgang Schäuble mir politischer Lehrmeister“, schrieb Merkel. Als Bundesinnenminister und später Bundesfinanzminister sei Schäuble dann „einer der Anker meiner ersten drei Kabinette“ gewesen.

**Live im Parlamentsfernsehen** Auch ihr Nachfolger, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), würdigte die Verdienste des CDU-Politikers: „Mit ihm verlor Deutschland einen scharfen Denker, leidenschaftlichen Politiker und streitbaren Demokraten“, schrieb Scholz. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) unterstrich, sein Tod sei „ein schwerer Verlust für Deutschland und Europa. Er dachte stets groß und weit voraus.“ Der Gedenkgottesdienst, der Staatsakt und der Trauerempfang sind nicht öffentlich zugänglich. Den Staatsakt selbst wird unter anderem das Parlamentsfernsehen übertragen, er kann live auf der Internetseite des Bundestages ([www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)) verfolgt werden. Christian Zentner



Schäuble und Kauder (r.) 2005 auf einem Landesparteitag in Stuttgart

© picture-alliance/dpa/Norbert Försterling

© picture-alliance/dpa/Peter Heimbach/Schmidt



KURZ REZENSIIERT



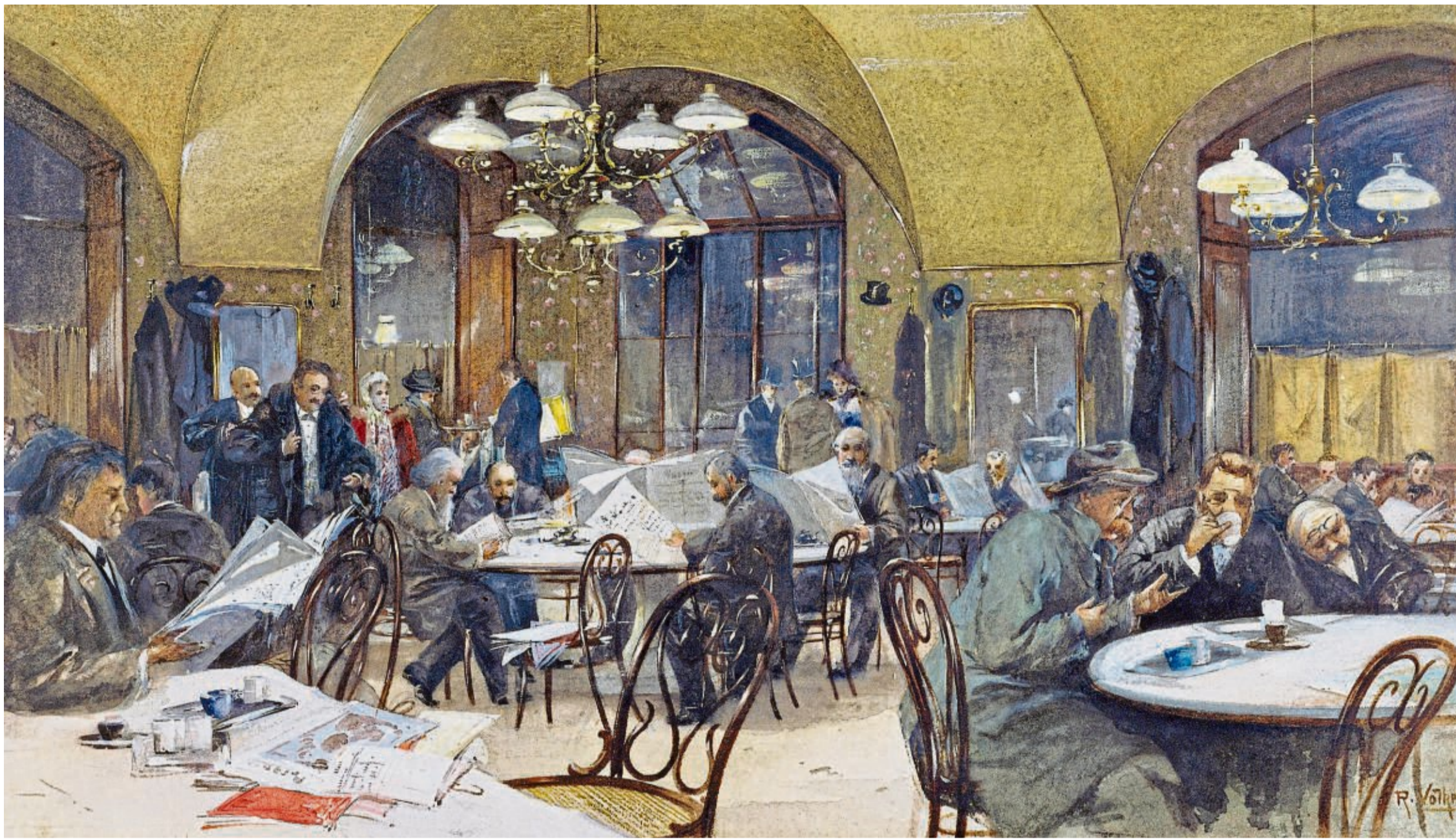
**Simon Parkin:**  
**Die Insel der außergewöhnlichen Gefangenen.** Deutsche Künstler in Churchills Lagern.  
Aufbau, Berlin 2023; 576 S., 30,00 €

Was für eine irre Geschichte. So irre, dass vielleicht nur das wahre Leben sie schreiben konnte. Simon Parkins „Die Insel der außergewöhnlichen Gefangenen“ wirft einen Blick auf eine unvertraute, eine andere Geschichte über den Zweiten Weltkrieg, in der die angeblichen Bösen die Opfer waren und die angeblichen Helden die Täter. Worum geht es in dem akribisch recherchierten, spannend erzählten historischen Sachbuch? Um das Schicksal von rund 73.000 vor den Nazis geflüchteten Deutschen und Österreichern in Großbritannien. Als vor Kriegsbeginn das Gerücht sich verbreitete, unter den Flüchtlingen habe sich eine „Fünfte Kolonne“ von Nazi-Sympathisanten gebildet, die in England Anschläge planten, war es der neu ins Amt gekommene Premierminister Winston Churchill persönlich, der anordnete, alle männlichen „feindlichen Ausländer“ (enemy aliens) im Alter von 16 bis 60 Jahren zu internieren. Ohne Anklage, ohne Prozess wurden sie in Gefangenenlager eingesperrt, viele fühlten sich an Umstände erinnert, denen sie zu entfliehen gehofft hatten. So im Hutchinson Camp auf der Isle of Man, auf das sich Parkins' Buch fokussiert. Zwischen den Geflüchteten und Nazi-Sympathisanten wurde dabei kein Unterschied gemacht. Zu den Internierten gehörten Natur- und Geisteswissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten, Regisseure und Schauspieler, Bildhauer und Künstler wie Kurt Schwitters. Schnell bekam Hutchinson den Namen „The Artist Camp“. Es gab auch Privilegien. Eine Fußballmannschaft wurde aufgestellt, ein Chor gegründet, Schach-, Bridge- und Boxturniere wurden organisiert, es gab Konzerte und Lesungen. Schnell entstand, was Parkin, ein „Mikrokosmos der Zivilisation“ nennt. Bis zum März 1941 kamen in England die meisten Internierten wieder frei. Sie blickten teils mit Zorn, teils mit Erleichterung – teils aber auch mit Nostalgie auf die Zeit in der „Universität hinter Stacheldraht“ zurück. mis



**Thomas Sparr:**  
**»Ich will fortleben auch nach meinem Tod.«** Die Biographie des Tagebuchs der Anne Frank.  
S. Fischer, Frankfurt/M. 2023; 336 S., 25,00 €

Das Interesse am Tagebuch von Anne Frank ist nach wie vor ungebrochen. Noch immer bewegen die zwischen 1942 und 1944 entstandenen Aufzeichnungen des damals 13-jährigen jüdischen Mädchens Leser in aller Welt. Wie kein zweites Buch zeigt es, mit welchen Ängsten und Hoffnungen Anne Frank, die schließlich im Konzentrationslager Bergen-Belsen starb, die Verfolgung durch die Nationalsozialisten in ihrem Versteck in Amsterdam wahrgenommen und verarbeitet hat. Der Autor und Lektor Thomas Sparr zeichnet in seiner „Biographie des Tagebuchs“ ebenso spannend wie kenntnisreich nach, wie ihr Vater Otto Frank diese Erinnerungen für die Nachwelt bewahrt, bearbeitet und verbreitet hat. Sparrs besonderes Interesse gilt dabei nicht nur den verschiedenen Variationen der Bearbeitungen und Übersetzungen der Tagebücher, sondern vor allem der Rezeption, Deutung und den medialen Inszenierungen des Tagebuchs weltweit. Anhand der Reaktionen von Verlagen, Publikum, Künstlern und Intellektuellen zeigt er, welche Vorbehalte es in der Nachkriegszeit gegenüber der Veröffentlichung der Tagebücher gab, aber auch welche Botschaften bis heute damit vermittelt werden. Die „Faszination“ und Bedeutung des Tagebuchs beruht denn auch nicht allein auf seiner kunstvollen, reflektierten und lebensnahen Form, sondern darin, dass es keiner Gattung zugeordnet werden und auf viele Arten gelesen und interpretiert werden kann. Sparr kann und möchte keine Antwort darauf geben, ob es sich um ein historisches Dokument oder ein literarisches Werk handelt. Er zeigt mit seiner Rekonstruktion des Lebens und Nachlebens des Tagebuchs, dass die Geschichte(n) von Anne Frank ein einzigartiges Zeugnis der Verfolgung der Vernichtung der europäischen Juden sind. Vor allem aber, dass es eine eindrückliche Mahnung für die Zukunft und ein Plädoyer für die Humanität darstellt. Jörg von Bilovsky



Lesen, streiten, Kaffee trinken: Das Café Griensteidl, hier verewigt von Reinhold Völkel, war Treffpunkt aufstrebender Wiener Schriftsteller.

© picture-alliance/akg-images/ErichLessing

# Wohnzimmer der Boheme

## KULTURGESCHICHTE Dirk Liesemer taucht in die Welt der Kaffeehäuser ein

**K**arl Kraus hatte eine spitze Feder. Der 1874 geborene Schriftsteller, Journalist und Publizist schrieb gerne scharfe Kritiken, die als „Erledigungen“ bekannt wurden. Das gefiel nicht jedem, wie Kraus auch körperlich zu spüren bekam. Kaum zwei Monate, nachdem der 25-Jährige Anfang April 1899 seine Zeitschrift „Die Fackel“ gegründet hatte, wurde er zusammengeschlagen. Der Täter war der Dramatiker Oskar Friedmann. Kraus hatte eines seiner Stücke „drastischen Beleg für die Erbärmlichkeit“ des Theaterbetriebes kritisiert. Er beließ es nicht bei der Stückkritik, sondern wurde persönlich: Friedmann werde „der einzige Wiener Schriftsteller bleiben, bei dem der Schwachsinn gerichtlich erhoben ist“.

**Drohbriebe und ein Überfall** Der so Gescholten stürmte tags darauf mit einigen Freunden das Café Imperial in der Wiener Innenstadt und prügelte den Kritiker blutig, wie er später dem Komponisten Arnold Schönberg auf der Straße zurief. Die Sache landete vor Gericht. Friedmann bekam wegen leichter Körperverletzung zehn Tage Arrest aufgebremmt, und Kraus vermerkte den „Überfall“ neben 236 anonymen Schmähbrieffen und 83 Drohbrieffen im ersten „Re-

chenchaftsbericht“ seiner Zeitschrift. Einschüchtern ließ sich der 1936 verstorbene Publizist dadurch nicht. Mehr als 20.000 Seiten in über 900 „Nummern“ der Fackel veröffentlichte der Herausgeber bis zu seinem Lebensende, die meisten Texte schrieb er selbst. Das Aufeinandertreffen von Kraus und Friedmann ist eine der zahlreichen Anekdoten, von denen Dirk Liesemer in seinem „Buch „Café Größenwahn“ zu berichten weiß. Er taucht ein in die Zeit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, das Buch endet im Jahr 1915, und nimmt insbesondere in drei Kaffeehäusern Platz. Das „Café Griensteidl“ in Wien, das „Café Stefanie“ in München und das „Café des Westens“ in Berlin, eigentlich im damaligen Charlottenburg, verbindet, dass sie spöttisch bis anerkennend jeweils als „Café Größenwahn“ bezeichnet wurden. Das liegt an ihrer Klientel: aufstrebende Schriftsteller, Dramatiker, Künstler, überwiegend Männer, gelegentlich auch Frauen. Wer damals etwas als Bohemien beziehungsweise Bohemienne auf sich hielt, der

kam an Kaffeehäusern nicht vorbei. Es waren Informationsbörsen, lagen doch etliche Zeitungen und Zeitschriften aus, hier knüpfte man Kontakte, stritt, diskutierte bis spät in die Nacht, stellte Werke vor, wärmte sich auf, wenn das Zuhause zu kalt war, ließ sich eventuell auch mal von einem Ober aushalten. Kaffeehäuser waren die Denk-, Diskurs- und Lebensorte ihrer Zeit. „Wer an der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert erfahren wollte, wohin sich die Welt bewegt, musste ins Kaffeehaus“, schreibt Liesemer gleich zu Beginn. Mehr noch: In den Kaffeehäusern finden „permanente Revolutionen im Denken, Fühlen und Empfinden statt“. Und nirgends „ging es tollkühner, inspirierender, bissiger und gnadenloser“ als den drei Cafés Größenwahn, die im Fokus seines Buches stehen.

**Illustre Stammgäste** Das ist ob der Vielzahl an Kaffeehäusern allein in Wien sicherlich eine gewagte These, aber Liesemer kann mit einer erstaunlichen Stammgästeliste aufwarten, die in seinen

Lokaltäten die Runde machte. Das „Café Griensteidl“ etwa ist Treffpunkt der Gruppe Jung-Wien um Hermann Bahr. Zu der Gruppe gehören unter anderem die Autoren der Wiener Moderne wie Hugo von Hofmannsthal, Felix Salten und Arthur Schnitzler. Den Jungliteraten gelingt es, die österreichische Literaturszene zu prägen. Im „Café Stefanie“ in München konnte man seinerzeit etwa auf Frank Wedekind treffen. Auch ihm war eine spitze Feder in die Wiege gelegt, auch er hatte deswege Probleme. 1896 veröffentlichte er unter dem Pseudonym „Hieronymus“ das Spottgedicht „Im heiligen Land“ im „Simplicissimus“ über die Palästinareise von Kaiser Wilhelm II. Das Kaiserreich hatte allerdings noch keinen Sinn für Humor und so musste Wedekind einige Monate in der Festung Königstein einsitzen. Der Auflage der Zeitschrift schadete es hingegen überhaupt nicht, wie Liesemer feststellt.

**Lebendig erzählt** Das Buch ist lebendig erzählt, man reist mit den Charakteren, man erlebt ihre Familiengeschichten. Immer wieder streut der Autor, sachte dosierte, politische Zusammenhänge ein: das Erstarken des Antisemitismus in Wien etwa, den politischen Größenwahn des deutschen Kaiserreiches und natürlich den aufziehenden Ersten

Weltkrieg. Ästhetische Diskussionen werden aufgegriffen, aber es menschelt auch. Das prekäre Leben manches Künstlers wird ausführlich beschrieben. Diese Nähe führt indes dazu, dass der ganz große Blick auf das „System Kaffeehaus“ etwas kurz kommt, ohne dass das als Vorwurf an den Autor begriffen werden sollte. Gern hätte man auch erfahren, was eigentlich nach 1915 mit den Kaffeehäusern passierte und wo der geneigte Größenwahnsinnige denn heute Kaffee trinken und streiten würde. Sind es virtuelle Foren, wie Liesemer kurz im Vorwort andeutet, oder vielleicht WG-Küchen und Eckkneipen? Das sind Fragen, mit denen man sich nach der Lektüre des Buches bei einer Tasse Kaffee gut beschäftigen kann. Sören Christian Reimer



**Dirk Liesemer:**  
**Café Größenwahn** 1890–1915. Als in den Kaffeehäusern die Welt neu erfunden wurde.  
Hoffmann und Campe, Hamburg 2023; 384 S., 25,00 €

**»Wer erfahren wollte, wohin sich die Welt bewegt, musste ins Kaffeehaus.«**  
Dirk Liesemer

## Verteidigung der Schönheit

### KULTUR Claire Dederer ergründet die Schwierigkeit, Künstler und Werk zu trennen

Sag, wie hältst Du es mit Gérard Depardieu? Nach Vorwürfen sexuellen Missbrauchs und Anzeigen wegen Vergewaltigung ist in Frankreich ein Kulturkampf entbrannt. Soll der Reich ein Kulturkampf entbrannt. Soll der Reich ein Kulturkampf entbrannt. Soll der Reich ein Kulturkampf entbrannt. Soll der Reich ein Kulturkampf entbrannt. Soll der Reich ein Kulturkampf entbrannt.

Licht erscheinen. Verdrängen sei keine Option: „Niemand von uns will über Michael Jackson wissen, was wir wissen.“ Und auch der Versuch, die „Größe des Werks gegen die Schwere der Tat“ aufzurechnen, führt für Dederer in die Irre. Ihr Buch ist ein tastender Essay, der die Rolle des Kritikers oder der Kritikerin, ihre Prägungen und Befangenheiten, stets mitbedenkt. Ein Kunstwerk zu genießen ist für Dederer schlicht „eine Begegnung zweier Biografien: Die Biografie des Künstlers, die der Biografie des Betrachters, die vielleicht beeinflusst, wie er die Kunst in sich aufnimmt“. Es würde zu kurz greifen, ihr Buch als Kommentar zu MeToo-Debatte zu lesen. Das ist es auch, inklusive Seitenblicke auf Simone

de Beauvoir und die Radikalfeministin (und Andy Warhol-Attentäterin) Valeria Solanas. Aber Dederer führt die Leser eben auch zu den Abgründen großer Künstlerinnen wie Doris Lessing oder Joni Mitchell, denen man vorwerfen kann, ihre Kinder für die Kunst im Stich gelassen zu haben – was männlichen Künstlerkollegen selten zum Vorwurf gemacht wird, wie die Autorin festhält. Hier wie dort schreckt Dederer vor kategorischen Verurteilungen zurück, plädiert für ein reflektierendes Aushalten von Ambivalenzen und Ambiguitäten. Ja, wir lieben zuweilen die Werke gefallener Genies und Monster: „Das ist vielleicht nicht ideal, vielleicht sogar deprimierend, aber das ist wahr“. Dederer gelingt es, zwei gegensätzliche Dinge in einen Zusammenhang zu stellen: Den emanzipatorischen Kern des MeToo-Aufschreis auf der einen, die Verteidigung der Kunst und ihrer Schönheit auf der anderen Seite. Die Schönheit der Kunst sei zerbrechlich, sie lasse sich auch nicht gegen Nutzen oder Moral aufrechnen, so die Autorin. Denkmalstürze, so lässt sich ihr Plädoyer wohl auch zusammenfassen, haben nie die Eindeutigkeit, die die Bilderstürmer mit ihnen herausstellen wollen. Man muss vom Denkmal etwas stehen lassen, damit die Nachwelt begreift, weshalb es eines Sturzes wert gewesen ist. Alexander Heinrich



**Claire Dederer:**  
**Genie oder Monster. Von der Schwierigkeit, Künstler und Werk zu trennen.**  
Piper, München 2023; 320 S., 24,00 €

## Alles, was man über Europa wissen muss



**Europa Das Lexikon**  
Von Dr. Hans Jörg Schrötter  
4., überarbeitete und aktualisierte Auflage  
2023, 481 S., brosch., 29,- €  
ISBN 978-3-7560-0810-0  
E-Book 978-3-7489-1564-5

»Mit einer 15seitigen Einführung in die Geschichte der europäischen Einigung anhand von 250 Stichworten und einem dichten Netz von Querverweisen verspricht das Lexikon leichte Orientierung.«

Prof. Dr. Wolfgang Berg, München in Forum Politikunterricht, zur Voraufgabe



Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





leicht  
erklärt!

# Wehr-Pflicht

Was wird gerade dazu besprochen?



In den letzten Wochen wird wieder häufiger über die Bundes-Wehr gesprochen.

Vor allem über das Thema: Wehr-Pflicht.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist die Bundes-Wehr?
- Was ist eine Wehr-Pflicht?
- Welche Meinungen gibt es zur Wehr-Pflicht?

## Was ist die Bundes-Wehr?

Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Also alle deutschen Soldaten.

Es gibt sie seit dem Jahr 1955.



## Die Wehr-Pflicht

Im Jahr 1956 hat man eine Wehr-Pflicht eingeführt.

Das bedeutet:

Deutsche Männer ab 18 Jahren mussten für eine bestimmte Zeit in der Bundes-Wehr dienen.

Sie hatten also die Pflicht, das zu tun. Daher der Name: Wehr-Pflicht.

Von der Wehr-Pflicht gab es auch Ausnahmen.

Zum Beispiel:

- Ab einem bestimmten Alter war man von der Wehr-Pflicht befreit.
- Oder wenn man zu krank war.
- Auch für verheiratete Männer galt die Wehr-Pflicht nicht.

Man konnte sich auch weigern, zur Bundes-Wehr zu gehen.

Dafür brauchte man einen guten Grund.

Und man musste dann einen anderen Dienst machen.

Besonders häufig war das ein Dienst mit den Namen: Zivil-Dienst.

Den konnte man zum Beispiel an folgenden Orten erledigen:





- im Kranken-Haus
- in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung
- in einer Einrichtung für alte Menschen

### Pause für die Wehr-Pflicht



Im Jahr 2011 hat der Bundestag eine Pause für die Wehr-Pflicht beschlossen.

Das heißt:

Es gibt die Wehr-Pflicht noch immer. Sie steht in einem Gesetz.

Aber: Seit dem Jahr 2011 wird sie nicht mehr genutzt.

Es muss niemand mehr einen Pflicht-Dienst in der Bundes-Wehr machen.

### Warum gibt es die Pause?

Für die Pause bei der Wehr-Pflicht gab es verschiedene Gründe.

Besonders wichtig war folgender:

Für viele Jahre hatte die Bundes-Wehr vor allem folgende Aufgaben:

- Sie sollte die Bundes-Republik Deutschland verteidigen.

Und zwar, falls das Land von anderen Ländern angegriffen wird.

- Sie sollte andere Länder verteidigen.

Zum Beispiel Länder, die Partner von Deutschland sind.

Die Bundes-Wehr ist also vor allem eine Verteidigungs-Armee.

In den letzten Jahr-Zehnten sind aber noch neue Aufgaben für die Bundes-Wehr dazugekommen.

Inzwischen erledigt sie zum Beispiel auch Aufgaben in anderen Ländern.

Und dabei kann es auch zum Einsatz von Waffen kommen.



Darum hat man schon vor einigen Jahren beschlossen: Die Bundes-Wehr muss sich verändern.

Es soll weniger Soldaten geben.

Und die Soldaten sollen eine andere Ausbildung bekommen.

Sie sollen besser auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet sein.

Dafür waren Wehr-Pflichtige nicht mehr nötig.

Mit jedem Jahr wurden weniger zur Bundes-Wehr geholt.

Darum hat der Bundestag im Jahr 2011 beschlossen:

Die Wehr-Pflicht macht eine Pause.

Seitdem ist die Bundes-Wehr eine Berufs-Armee.

Die Soldaten haben sich also für diesen Beruf entschieden.

Und sie arbeiten meist längere Zeit für die Bundes-Wehr.

### Zu wenige Soldaten

Immer wieder wird in Deutschland über die Frage gesprochen: Soll man die Pause für die Wehr-Pflicht beenden?

Auch im Moment wird wieder darüber diskutiert.

Der Grund dafür ist vor allem: Die Bundes-Wehr hat zu wenige Mitarbeiter.

Im Moment gibt es dort ungefähr 180-Tausend Soldaten.

Bis zum Jahr 2031 sollen es aber etwas mehr als 200-Tausend sein.

Es bewerben sich aber nicht genug Menschen bei der Bundes-Wehr.

Für die Bundes-Wehr ist das ein großes Problem.

Denn gerade im Moment werden Soldaten gebraucht.

Zum einen wegen der vielen neuen Aufgaben.





Zum anderen gibt es nun wieder einen Krieg mitten in Europa.

Und zwar, seit Russland die Ukraine angegriffen hat.

Viele Menschen finden es deswegen wichtig, die Bundes-Wehr zu stärken.

Damit sie ihren wichtigsten Auftrag erfüllen kann:

Nämlich Deutschland und seine Partner im Fall eines Kriegs zu beschützen.

Deswegen überlegen viele Leute, woher man mehr Personal für die Bundes-Wehr bekommen kann.

## Rückkehr zur Wehr-Pflicht



Eine Überlegung ist dabei: Man könnte die Pause der Wehr-Pflicht beenden.

Im Moment wird über diese Idee vor allem wegen eines Manns mit Namen Boris Pistorius gesprochen.

Er ist der Verteidigungs-Minister von Deutschland.

Ein Verteidigungs-Minister ist ein hoher Politiker der Bundes-Regierung.

Er ist für alles zuständig, was mit Verteidigung, Krieg und der Bundes-Wehr zu tun hat.

Im Dezember hat Boris Pistorius ein Interview gegeben.

Dort hat er gesagt, wie er mehr Personal für die Bundes-Wehr bekommen möchte.

Dabei hat er unter anderem gesagt: Seine Mitarbeiter überlegen gerade, ob man die Wehr-Pflicht in irgendeiner Form wieder einführen kann.

Eine Idee ist dabei, dass man es so wie in Schweden machen könnte.

Dort wurde im Jahr 2010 auch eine Pause für die Wehr-Pflicht beschlossen.

Seit 2018 gibt es sie aber wieder.



Dort werden alle jungen Menschen geprüft, ob sie für den Dienst als Soldat geeignet sind.

Und dann muss ein ausgewählter Teil der jungen Menschen einen Pflicht-Dienst in der Armee leisten.

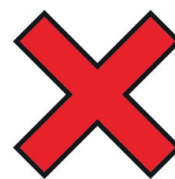
## Verschiedene Überlegungen

Auf die Vorschläge von Boris Pistorius haben viele Leute reagiert.

Sie haben ihre eigenen Überlegungen zur Wehr-Pflicht gesagt.

Hier einige Beispiele:

### Bundes-Wehr nicht bereit



Eine Meinung lautet: Die Bundes-Wehr wäre für eine Wehr-Pflicht gar nicht bereit.

Denn dann kämen ja sehr viele junge Menschen zur Bundes-Wehr.

Dafür bräuchte man Ausrüstung, Gebäude und Ausbilder.

Und die gibt es im Moment nicht.

### Fach-Leute gesucht



Eine Meinung ist auch: Die Bundes-Wehr ist ja jetzt eine Berufs-Armee.

Und sie hat vor allem Aufgaben, für die man Fach-Leute braucht.

Wer durch die Wehr-Pflicht zur Bundes-Wehr kommt, ist keine Fach-Person.

Die Bundes-Wehr braucht solche Leute also nicht.

### Besserer Arbeit-Geber

Eine Meinung ist: Die Wehr-Pflicht ist keine Lösung für die Personal-Probleme der Bundes-Wehr.

Stattdessen muss man die Bundes-Wehr zu einem besseren Arbeit-Geber machen.

Dann bewerben sich auch mehr junge Menschen bei der Bundes-Wehr.





Auch Boris Pistorius hat in seinem Interview gesagt:  
In seinem Büro gibt es eine Arbeits-Gruppe.  
Sie schaut, wie man die Mitarbeiter-Werbung verbessern kann.  
Schon in diesem Jahr sollen die ersten Vorschläge der Arbeits-Gruppe umgesetzt werden.

### Pflicht-Dienst für alle



Von verschiedenen Gruppen gibt es auch die Idee, einen Pflicht-Dienst für alle einzuführen.

Dabei soll jeder Bürger in Deutschland für eine gewisse Zeit einen Dienst für die Gesellschaft erledigen.

Zum Beispiel:

- in der Pflege
- im medizinischen Bereich
- bei der Feuer-Wehr

Diesen Pflicht-Dienst könnte man dann auch bei der Bundes-Wehr erledigen.

Dadurch könnte sie also mehr Personal bekommen.

### Pflicht ist nicht in Ordnung



Es gibt aber auch die Meinung, dass ein Pflicht-Dienst nicht in Ordnung ist.

Die Kritiker finden: So ein Pflicht-Dienst ist ein Zwang.

Menschen dürfen dann nicht frei entscheiden, was sie mit ihrer Zeit machen.

Das ist in einem Land wie Deutschland nicht in Ordnung.

Deswegen darf es auch keine Wehr-Pflicht mehr geben.

### Kurz zusammengefasst



Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Im Moment hat sie verschiedene Probleme.

Eines davon ist: Die Bundes-Wehr hat nicht genug Mitarbeiter.

Darum gibt es verschiedene Überlegungen, was man dagegen tun kann.

Eine Überlegung ist: Man könnte die Wehr-Pflicht wieder einführen.

Dann müssten also viele junge Menschen für eine gewisse Zeit als Soldaten arbeiten.

Zu dieser Idee gibt es ganz unterschiedliche Meinungen.

Darüber diskutieren Politiker und Fach-Leute im Moment.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom  
NachrichtenWerk  
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch  
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)  
Kontakt: Bastian Ludwig, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)



Redaktion: Annika Klüh,  
Bastian Ludwig, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / dpa / Bernd Wüstneck. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 4-5/2024  
Die nächste Ausgabe erscheint am 3. Februar 2024.